

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen:

Titel: Inflationsangleichung für Bafög und
Ausbildungsvergütung

Die LDK möge beschließen und an den SPD-Landesparteitag weiterleiten:

Antragstext

1 **Steigende Lebenshaltungskosten sind eine große Herausforderung für Studierende**
2 **und Auszubildende. Während Mieten, Lebensmittel und Energiekosten immer teurer**
3 **werden, sind die BAföG-Sätze und die Mindest-Ausbildungsvergütung immer noch auf**
4 **einem existenzgefährdenden Niveau. Anpassungen erfolgen meist erst nach langen**
5 **politischen Debatten durch Gesetzgebungsprozesse und greifen dann oft zu spät.**
6 **Daher muss eine Anpassung unabhängig von Gesetzesreformen, der Exekutivmacht des**
7 **Bildungsministeriums und ohne Kommissionen erfolgen, vor allem um zu verhindern,**
8 **dass Arbeitgebervertretende den Prozess für die Ausbildungsvergütung**
9 **systematisch hinauszögern, da sie von günstigen Arbeitskräften, beispielsweise**
10 **im Handwerk, profitieren.**

11 **Damit junge Menschen während ihrer Ausbildung oder ihres Studiums nicht in**
12 **finanzielle Schwierigkeiten geraten, braucht es eine automatische**
13 **Inflationsanpassung. Steigen die Preise für grundlegende Bedürfnisse wie Energie**
14 **und Lebensmittel, müssen BAföG und die Ausbildungsvergütung entsprechend**
15 **angepasst werden, ohne Verzögerung und ohne bürokratische Hürden. So würde**
16 **sichergestellt, dass finanzielle Unterstützung wirklich ausreicht, um den**
17 **Lebensunterhalt zu decken.**

18 **Eine solche Regelung würde nicht nur mehr finanzielle Sicherheit bieten, sondern**
19 **auch dafür sorgen, dass sich Studierende und Auszubildende auf ihre Ausbildung**

20 konzentrieren können, anstatt sich mit Existenzängsten oder zu vielen Nebenjobs
21 zu belasten – die Belastung kann im Extremfall sogar so hoch sein, dass die
22 Ausbildung/das Studium abgebrochen werden muss. Bildung darf nicht vom
23 Geldbeutel abhängen, eine gerechte, zeitnahe und zielgerichtete Anpassung ist
24 daher unerlässlich.

25 Wir fordern deshalb die Kopplung der Mindest-Ausbildungsvergütung sowie des
26 BAföG-Satzes an die Lebenshaltungskosten. Dazu zählen in unserer Definition die
27 Energie- und Lebensmittelkosten, falls diese im Vergleich zum Preisdurchschnitt
28 des Vorjahres um mehr als 3 % gestiegen sind.

29 Wir fordern eine klar vorgeschriebene jährliche Anpassung der Mindest-
30 Ausbildungsvergütung sowie des BAföG-Grundbedarfs, die sich an der
31 Preisentwicklung orientiert und eine inflationsbereinigte Förderung
32 gewährleistet. Bei außergewöhnlichen Preissteigerungen, wie etwa während einer
33 Energiekrise, soll ein gesetzlich geregelter Krisenmechanismus greifen, der
34 unterjährige Sonderzahlungen oder andere Ausgleichsinstrumente ermöglicht. Zudem
35 müssen regionale Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten berücksichtigt
36 werden: Wohnpauschale und Berufsausbildungsbeihilfe sollen realistische
37 Mietkosten am Ausbildungs- oder Studienort abbilden, etwa analog zum
38 Wohngeldrecht oder auf Basis lokaler Mietspiegel. Eine regelmäßige,
39 nachvollziehbare Neubewertung der Fördersätze auf Basis amtlicher Daten stellt
40 sicher, dass die Förderung dauerhaft realitätsnah bleibt.